

Heinz-Jürgen Bremm

Strukturwandel und Modernisierung alter Industrieregionen – Regionalplanerische Erneuerungsstrategien in Pittsburgh und im Ruhrgebiet¹

1. Die Modernisierung alter Industrieregionen: Vom Fordismus zum Postfordismus

Die westlichen Industrienationen – und mit ihnen mittlerweile das globale politische und ökonomische System – sind seit Anfang der siebziger Jahre einem rapiden Wandel unterworfen. Der Umstand, daß „die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft sich fortwährend verwandelt, ohne daß doch die Grundlage dieser Gesellschaft, das Kapitalverhältnis, angetastet wird“², drückt sich in umbruchhaften Veränderungen aus. Innerhalb der westlichen Nationen wurden die Regionen besonders negativ betroffen, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf der Grundlage von Kohle, Stahl und Schiffsbau einem schnellen Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß unterworfen waren. Im folgenden soll der Frage nachgegangen werden, welche grundlegenden gesellschaftlichen Entwicklungskräfte weltweit zu tiefgreifenden räumlichen Veränderungen geführt haben. Zur Analyse dieses Wandels wird auf theoretischer Ebene auf die Theorie der Regulation zurückgegriffen, die den stattfindenden Wandel als Übergang vom „Fordismus“ zum „Post-Fordismus“ kennzeichnet³. Das Verhältnis von

- 1 Der folgende Beitrag basiert in Teilen auf dem Artikel „Die Modernisierung alter Industrieregionen. Eine Analyse regionalplanerischer Strategien anhand der Erneuerung des Mon Valleys/Pittsburgh (USA), der „Urban Development Corporations“ (GB) und der IBA Emscher Park“, der gemeinsam mit Rainer Danielczyk in dem Band „Die Moderne im Park. Ein Streitbuch zur Internationalen Bauausstellung im Emscherraum“ von Sebastian Müller/Klaus M. Schmals, 1993, veröffentlicht wurde.
- 2 Max Horkheimer: Notizen 1950 bis 1969 und Dämmerung. Notizen aus Deutschland. Hrsg. von Werner Brede, Frankfurt/M. 1974, S. 241
- 3 Ein Überblick über den Regulationsansatz und die Erläuterung zentraler Begriffe findet sich bei M. Dunford: Theories of regulation, in: Environment and Planning D: Society and Space 8 (1990), S. 297-321; J. Esser/J. Hirsch: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismuskrise zur „postfordistischen“ Regional- und Stadtstruktur, in: Walter Prigge (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch, Basel/Boston 1987, S. 31-56; D. Leborgne/A. Lipietz: New technologies, new modes of regulation: some spatial implications, in: Environment and Planning D: Society and Space 6 (1988), S. 263-280. Zur Kritik vgl. A. Amin/K. Robins: The re-emergence of regionale economies? The mythical geography of flexible accumulation, in: Environment and Planning D: Society and Space 8 (1990), S. 7-34; R. Hudson: Labour market changes and new forms of work in old industrial regions: maybe flexibility for some but not flexible accumulations, in: Environment and Planning D: Society and Space 7 (1989), S. 5-30; J. Lovering: Fordism's unknown successor: a comment on Scott's theory of flexible accumulation and the re-emergence of regional economies, in: International Journal of Urban and Regional Research 14 (1990), S. 159-174; A. Sayer:

Politik, Ökonomie und regionaler Entwicklung steht im Mittelpunkt der Fallstudien Pittsburgh/USA und Internationale Bauausstellung Emscher Park/BRD. Es soll aufgezeigt werden, daß sich im Zuge des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses ein neuer Typ von Raumentwicklung etabliert, der neue Formen und Inhalte der Planungspolitik zu seiner Durchsetzung bedarf. In Relation zu den nationalen Gegebenheiten erfahren die räumlichen Entwicklungen und die darauf bezogenen Planungspolitiken jeweils unterschiedliche Ausprägungen.

Alte Industrieregionen und die Theorie der Regulation

Alte Industrieregionen sind nachhaltig durch vor-fordistische Raumstrukturen geprägt: dominant sind vertikal integrierte Großbetriebe mit enormem Flächenbedarf, verkehrsgünstig zu den damals vorherrschenden Transportmitteln Schiff und Eisenbahn gelegen. Um optimalen Zugriff auf Arbeitskräfte zu haben, wurden die Fabriken direkt vor den Toren der Städte errichtet, oder es wurden Werkwohnungen gebaut, die die Arbeiter direkt an das Werk banden. Die für die fordistische Stadt prägenden Elemente wie Suburbanisierung – hervorgerufen durch die extreme Funktionstrennung von Wohnen, Arbeiten und Konsumieren, ermöglicht durch das Auto, das fordistische Produkt par excellence – sowie die Herausbildung von Zirkulations- und Konsumstrukturen fehlten deswegen lange in alten Industrieregionen und wurden später nur bruchstückhaft integriert.

Die bisherigen Standortvorteile und Raumstrukturen der zur Diskussion stehenden Industrieregionen wurden in dem aktuellen Umbruchprozeß entwertet; ihr spezifischer, durch das Kapital geschaffener Gebrauchswert wurde obsolet. Die auf die Produktion von Massengütern ausgerichteten Anlagen, die erst bei bestimmten Größenordnungen wirtschaftlich arbeiteten, und mit ihnen die Infrastruktur, die Qualifikationen der Arbeitskräfte und die spezifischen Lebens- und Bewußtseinsformen wurden überflüssig; kurzum die gesamten regionalen Strukturen, die von den Großindustrien über Jahrzehnte selber geschaffen wurden und zu Garanten einer profitablen Produktion geworden waren. Zum Bestandteil dieser Strukturen gehörte auch das Aushandlungsdreieck zwischen – lokalen, häufig sozialdemokratisch dominierten – politischen und staatlichen Institutionen, der Großindustrie und den Gewerkschaften. Bestandteil des korporatistischen Arrangements war die ökonomische Absicherung weiter Bevölkerungsschichten, um soziale Unruhen und unkalkulierbare Arbeitsniederlegungen zu vermeiden. Aufgabe der politischen und staatlichen Institutionen war es vor allem, die nicht intendierten Folgewirkungen des kapitalistischen Produktionsprozesses und die zyklischen Schwankungen in der ökonomischen Entwicklung zu begrenzen⁴.

Postfordism in question, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 13 (1989), S. 666-695.

⁴ In dieser Sichtweise kommt das nicht ganz unproblematische Staatsverständnis der Regulationstheoretiker zum Ausdruck. Die Aussagen über mikro- und makro-ökonomische

In den alten Industrieregionen konnte sich die fordistischen Formen der Massenproduktion nur inselhaft etablieren. Die Monopolisierung der Flächen und Arbeitsmärkte durch die dominierenden Unternehmen konnte nur selektiv durchbrochen werden, und im Zuge der Industriestrukturpolitik der sechziger und siebziger Jahre siedelten sich zwar Zweigwerke an, die fordistische Massenproduktion betrieben⁵, aber nicht in den zentralen ökonomischen Komplex integriert wurden. Mit dem Niedergang des zentralen Input-Output-Komplexes brach deshalb in den alten Industrieregionen ein Großteil der Regionalökonomie zusammen. Die neue internationale Arbeitsteilung und die veränderten Produktions- und Nachfragestrukturen trafen also insbesondere die Regionen in den Industrieländern besonders negativ, in denen sich auf Investitionsgüter und Zwischeninputs ausgerichtete Industrien befanden.

Im Gegensatz zu den gängigen regulationstheoretischen Erklärungsansätzen sei an dieser Stelle betont, daß es gerade nicht die fordistischen Kernregionen sind, die von den stattfindenden Umbruchprozessen besonders negativ betroffen sind. Von der gesteigerten räumlichen Mobilität des Kapitals und der Flexibilisierung der Standortwahl konnten demgegenüber auch Regionen profitieren, in denen sich Industrien befinden, die von vornherein nach tayloristischen Prinzipien organisiert wurden – wie z.B. Automobilbau, Fertigung von Haushaltsgeräten und Unterhaltungselektronik. Auf der interregionalen Ebene werden diese Prozesse als räumliche Polarisierungstendenzen deutlich, die in der BRD unter dem Stichwort „Nord-Süd Gefälle“ diskutiert werden⁶. Die „Gewinnerregionen“⁷ scheinen z.T. die Voraussetzungen für die Durchsetzung eines neuen, flexiblen Akkumulationsregimes zu besitzen. In ihnen fanden neue Produktions- und Logistikkonzepte raschen Eingang: Gruppenarbeit statt zstückelter Bandarbeit, „just-in-time“ statt Großlager, „economies of scope“ statt „economies of scale“. Zudem begünstigt die relativ starke Stellung der mittelständischen Unternehmen in Süddeutschland den Übergang vom Fordismus zum Post-Fordismus, da diese bereits vorhandenen Bedingungen sich eher mit den Erfordernissen post-fordistischer Produktion nach Dezentralisierung und Flexibilität trafen als die vorherrschenden großbetrieblichen Strukturen in den alten Industrieregionen. Weiterhin konnten insbesondere die Städte und Regionen von dem neuen Akkumulationsregime profitieren, die entweder als Standort für internationale Finanztransaktionen von Bedeutung sind oder über umfangreiche Forschungs- und Technologiepotentiale ver-

Steuerungs- und sozialstaatliche Regulierungsversuche stehen gegenüber anderen Formen staatlicher Machtausübung – z.B. Polizei- und „Sicherheits“-Staat – deutlich im Vordergrund (vgl. Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg 1990, S. 57ff).

5 Z.B. Opel in Bochum, DuPont in Hamm, VW in der Region Pittsburgh, (vgl. auch Hudson, Labour market changes, S. 10, 12).

6 Vgl. J. Friedrichs u.a. (Hrsg.): Süd-Nordgefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen, Opladen 1986.

7 Zu der Frage, wer in diesen Regionen was gewinnt vgl. Peter Ache/Franz-Josef Ingemey/Klaus R. Kunzmann: Die regionale Entwicklung süddeutscher Verdichtungsräume. Parallelen zum Ruhrgebiet. Forschungsprojekt im Auftrag des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, Essen 1989. Richtet man in den „Gewinnerregionen“ den Blick hinter die ökonomischen Indikatoren, werden schnell die negativen, nicht-intendierten Effekte deutlich.

fügen. Beide Entwicklungen basieren auf der besonderen Rolle, die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bei der Durchsetzung der neuen post-fordistischen Gesellschaftsformation zukommt.

Mit erheblicher Verzögerung setzten in den altindustrialisierten, vor-fordistisch geprägten Regionen politische Anstrengungen ein, die regionalen Strukturen an die Erfordernisse des neuen Akkumulationsregimes anzupassen und eine entsprechende Regulationsweise in Form neuer Institutionen, Normen und sozialen Verhaltensweisen zu ermöglichen. Das bisherige korporatistische Aushandlungsdreieck zwischen Großindustrie, Gewerkschaften und Sozialdemokratie war brüchig geworden. Die Großindustrie hatte das Interesse an der absoluten Dominanz in den Regionen verloren, weil andere profitable Anlagebereiche in anderen Regionen anvisiert worden waren; die Gewerkschaften hatten mit Massenarbeitslosigkeit und einer schrumpfenden Basis zu kämpfen; die Sozialdemokratie hatte mit einer Pluralisierung der Lebensstile und dem Versagen der fordistischen Politikkonzepte ihre Schwierigkeiten.

Neue Regulationsweisen in alten Industrieregionen

Mittlerweile zeichnen sich die Konturen einer neuen Regulationsweise in den alten Industrieregionen ab. Im Kern steht die Unterstützung des Aufbaus neuer Produktions-, Zirkulations- und Reproduktionsstrukturen. Für die dazu notwendigen politischen und planerischen Verfahren sind neue Formen der Kooperation von Staat, Kapital und anderen gesellschaftlichen Gruppen („private-public partnership“) kennzeichnend geworden. Zwar wird behauptet, daß den „regionalen Besonderheiten“ ein hoher Stellenwert zukommt, die inhaltlichen Ansatzpunkte gleichen sich aber in vielen Regionen: Transferstellen zur Kooperation von Wissenschaft und Industrie, Technologiezentren und -parks zur Innovationsförderung sowie Kulturspektakel, anspruchsvolle Einkaufsmöglichkeiten, Yachthäfen usw., die das entsprechende Ambiente für hochqualifizierte Arbeitskräfte bilden sollen.

Eine Sichtweise, die einseitig „Deregulierung“ in den Vordergrund stellt, greift zu kurz⁸. Vielmehr läßt sich eine Veränderung staatlicher Intervention und eine Verlagerung auf andere Ebenen feststellen⁹. Politische und planerische Anstrengungen sind demnach keine voluntaristischen Interventionen, sondern Bestandteil des Versuches, wieder eine Kohärenz der Gesellschaftsformation herzustellen; nur dort, wo Kohärenz zwischen ökonomisch-technischen und politisch-sozialen Strukturen gegeben ist, kann sich das Kapital optimal verwerten. Vervollständigt wird dieser Versuch durch die Eigendynamik des politisch-administrativen Systems, das darauf bedacht ist, sich Handlungsmöglichkeiten zu erhalten.

8 Vgl. dazu Stefan Krätke: Strukturwandel der Städte. Stadtsysteme und Grundstücksmarkt in der „postfordistischen“ Ara, Frankfurt/Main, New York 1991, S. 2.

9 Vgl. David Harvey: From managerialism to entrepreneurialism in urban governance in late capitalism, in: Geografiska Annaler, Series B: Human Geography 71 (1989), S. 3-17.

Dabei werden die Schattenseiten der Herausbildung des neuen flexiblen Akkumulationsregimes und der damit verbundenen Regulationsweise systematisch ausgeklammert: die Zahl der Langzeitarbeitslosen bleibt konstant, die Zahl der Sozialhilfeempfänger und mit ihr die Zahl der Obdachlosen steigt. Große Teile derjenigen, die einen Arbeitsplatz haben, kämpfen mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und sehen sich einem wachsenden Leistungsdruck ausgesetzt¹⁰.

In Hinblick auf die Raumstrukturen gewinnt die These an Plausibilität, daß eine Heterogenisierung das kennzeichnende Merkmal ist. Die Entwicklung ist durch zwei gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Zum einen ist eine Fokussierung auf die politische Ökonomie des Ortes feststellbar: shopping malls, marinas, Sportarenen und Technologiezentren werden zum Kristallisationspunkt von private-public-partnerships und zu Vorzeigebildern für den gelungenen Strukturwandel¹¹. Zum anderen wird in vielerlei Hinsicht „die Region“ zunehmend von Bedeutung: von der Einwerbung öffentlicher Fördermittel bis zum sinnstiftenden Zusammenhang, hinter dem sich die sozialen Realitäten verbergen lassen¹².

2. Pittsburgh: Modernisierung und Polarisierung

Pittsburgh gilt als Region, der es gelungen sei, sich von einer montanindustriell geprägten Region zu einem Finanz-, Dienstleistungs- und Technologie-Zentrum zu wandeln. Vielfach wurde Pittsburgh als Vorbild für andere alte Industrieregionen angesehen, so auch für das Ruhrgebiet. Bei näherem Hinsehen ist diese glanzvolle Darstellung kaum aufrecht zu halten bzw. sie ist zu differenzieren und modifizieren. An der gängigen Darstellung des Modernisierungsprozesses in der Region Pittsburgh wird aber auch deutlich, wie undifferenziert von „erfolgreicher Erneuerung“ in der Diskussion über den Strukturwandel in alten Industrieregionen gesprochen wird, ohne daß gefragt wird, welche Prozesse und Resultate sich hinter diesem Begriff verbergen.

10 Die häufig gesehene neue Autonomie in einigen Beschäftigungsfeldern ist eher mit Skepsis zu betrachten. Es stellt sich vielmehr die Frage, „was es eigentlich bedeutet, wenn die Subjekte selbstbestimmt ihre umfassende Instrumentalisierung betreiben“, Joachim Twisselmann: *Bildung und Tradition. Zur Kritik der neokonservativen Funktionalisierung des Bildungsbegriffs*, Bremen 1990, S. 131.

11 Harvey, *From managerialism to entrepreneurialism*, S. 7f.

12 Die Hypostasierung der Region ist der der Nation nicht unähnlich. Die SPD warb in ihrem letzten Landtagswahlkampf mit dem Slogan „Wir in Nordrhein-Westfalen“; Hombach, der Wahlkampfmanager der SPD in NRW, war Mit-Herausgeber eines Buches mit dem Titel „Die Kraft der Region“ (von Alemann u.a., 1990); Gramke, KVR-Verbandsdirektor, und andere sprachen im Zuge des Strukturwandels im Ruhrgebiet wiederholt von „Maßnahmen zum Wohle der Region“. Die Region wird so wie die Nation unversehens zum Subjekt, für dessen Wohlergehen zu sorgen ist.

Die Entwicklung der Region Pittsburgh

Die Region Pittsburgh, im Nordosten der USA, ca. 600 km westlich von New York in der ehemals zentralen Industrieregion südlich der Großen Seen gelegen, war einstmals eines der wichtigsten schwerindustriellen Zentren der Vereinigten Staaten. Entlang der Flußtäler des Ohios und des Mononghela westlich bzw. südöstlich von Pittsburgh erstreckte sich ein Band von Kokereien, Hochöfen, Stahlwerken und jeder Art von Stahlverarbeitung. Vervollständigt wurde der industrielle Komplex durch Aluminium- und Glasherstellung sowie Maschinen- und Anlagenbau. Das urbane Kontrollzentrum dieses Industriekomplexes war die Stadt Pittsburgh, während die Gemeinden entlang der Flußtäler den Charakter von „Industriedörfern“ hatten¹³.

Ende der vierziger Jahre mündeten die jahrzehntelangen Bemühungen, die negativen Effekte der industriellen Produktion in den Griff zu bekommen, in der Gründung der „Allegheny Conference on Community Development“ (ACCD), eines Zusammenschlusses der führenden Kapitalisten der Region unter der Leitung des Bankiers Mellon. Anders als beispielsweise im Ruhrgebiet machte man in Pittsburgh kein Hehl aus der korporatistischen Allianz, sondern erklärte sie zum Programm: die Finanzkapitalisten und die Schwerindustriellen stellten Mittel, Expertise und politische Verbindungen zur Verfügung, die Demokraten unter Führung von Bürgermeister Lawrence sorgten für die politische Umsetzung. Unter der Überschrift „private-public partnership“ wurden in enger Koordination zwischen Kapital und Politik Maßnahmen zur Modernisierung eingeleitet, während alle anderen Gruppierungen inklusive der Gewerkschaften außen vor blieben. Obwohl die Organisation von ihrem Namen her regionale Bedeutung haben sollte – Allegheny ist der Name des counties, in dem die Stadt Pittsburgh liegt –, konzentrierten sich die Planungen und die Umsetzungen im wesentlichen auf die Stadt Pittsburgh. Projekte der ersten Phase, der sogenannten Renaissance I, waren Hochwasserregulierung, Autobahnbau, Luftreinhaltung, und als zentrales Anliegen die Erneuerung der Innenstadt.

Anfang der achtziger Jahre geriet zusammen mit der Regionalökonomie auch das korporatistische Regulierungsmodell in der Region Pittsburgh in die Krise. Dieser Prozeß ist eingebettet in einen weitreichenden Wandel der US-amerikanischen Gesellschaft und grundlegender planungspolitischer Prinzipien. Es wäre jedoch falsch, diese Veränderungen nur im Licht der Reaganschen Eigenpropaganda als Rückkehr zum liberalen „Nachtwächterstaat“ und zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zu sehen. Das ist weniger als die halbe Wahrheit, die der ungeübte europäische Blick im ersten Moment wahrnimmt. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, daß Form und Inhalt der staatlichen Intervention sich verändert haben, ohne daß damit eine durchgängige „Entstaatlichung“ stattgefunden hat. Eine gestaltende oder aktive Strukturpolitik, innerhalb derer der Staat mit einem kohärenten Bündel von Politiken bestimmte

13 Vgl. D.B. Houston: A brief history of the process of capital accumulation in Pittsburgh: a marxist interpretation, in: Seminar on urban concentration: Pittsburgh and Cracow, Cracow 1981, S. 239-281.

Wirtschaftsbereiche und Regionen hinsichtlich explizit formulierter Zielsetzungen beeinflussen wollte, war allerdings in den USA in den achtziger Jahren auf der Bundesebene nicht vorhanden. Weder bestand eine strukturpolitische Konzeption, noch bestanden institutionelle Rahmenbedingungen zur Umsetzung einer solchen. Am ehesten läßt sich von einer impliziten Regionalpolitik sprechen, die sich aus handels-, steuer-, wettbewerbs- und technologiepolitischen Maßnahmen zusammensetzte¹⁴. Die Regierungen der Bundesstaaten können durch eine Reihe von Politikinstrumenten die regionale Entwicklung beeinflussen. Für den Bundesstaat Pennsylvania läßt sich festhalten, daß in den achtziger Jahren vermehrt regionalpolitische Ansätze mit einer starken wirtschaftspolitischen Komponente entwickelt worden sind. Die Politiken beziehen sich vor allem auf Wachstumsbranchen. Eine Industriepolitik gegenüber schrumpfenden Branchen läßt sich nicht feststellen. Eine explizite Regionalpolitik für altindustrielle Regionen bestand ebenfalls nicht. Dennoch lassen sich drei Politikbereiche identifizieren, die erhebliche regionale Wirkung entfalteten. Es handelt sich dabei um Technologiepolitik, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Förderung von Infrastrukturmaßnahmen.

Eine Strategie für das 21. Jahrhundert

Mit den oben skizzierten politischen und ökonomischen Veränderungen gingen die Veränderungen in der Region Pittsburgh einher. Die Rolle der ACCD und damit die öffentlich-private Zusammenarbeit waren tiefgreifenden Modifikationen unterworfen. Die Mitglieder des Exekutivkomitees der ACCD konnten sich nicht auf eine weiterführende Strategie, wie z.B. die Direktinvestitionen von Profiten in neue Projekte in der Region, einigen. Die Mitglieder der ACCD waren nicht gleichrangig vom ökonomischen Niedergang betroffen, und eine Anzahl der vertretenen Personen repräsentierte Unternehmen, die erheblich in der Region desinvestiert und somit fast jedes regionale Interesse verloren hatten. Im Resultat führte das dazu, daß neue regionalpolitische Akteure auf den Plan traten und das korporatistische Entscheidungsmodell unter veränderten Bedingungen weitergeführt wurde.

Das zentrale Moment, um das sich die neue „growth coalition“ formierte, war die „strategy 21“. Die „Strategie für das 21. Jahrhundert“ umfaßt fünf Programmpunkte:

1. Ausbau des internationalen Großflughafens von Pittsburgh,
2. Ausbau des regionalen Schnellstraßennetzes,
3. Einrichtung eines gemeinsamen Forschungszentrums für Biotechnologie und Roboterforschung der beiden Universitäten,
4. Erneuerung der Uferbebauung des Ohios und des Alleghenys,
5. Maßnahmen zur Erneuerung der ehemaligen Stahlstandorte im Mon Valley.

14 GEWOS: Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen im internationalen Vergleich. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Endbericht, Hamburg 1989, S. 298.

Es lassen sich Parallelen zur Restrukturierung der Nachkriegszeit ausmachen: die Vorhaben konzentrieren sich wiederum auf die Stadt Pittsburgh. Eine Ausnahme besteht in dem Ausbau des internationalen Großflughafens westlich von Pittsburgh. Neben der downtown konzentrieren sich in dieser Phase der Restrukturierung die Planungsbemühungen insbesondere auf den Stadtteil Oakland, in dem sich beide Universitäten und fast alle Großkrankenhäuser befinden. Trotz diverser Anläufe und – im wahrsten Sinne des Wortes – fürstlicher Unterstützung – Prinz Charles nahm an der publicityträchtigen, aber sonst weitgehend wirkungslosen „Remaking Cities Conference“ teil –, blieben allerdings die Teilregionen, die am härtesten getroffen wurden, von der positiven Entwicklung weitgehend abgeschnitten. Auch mehr als 10 Jahre nach der Schließung der Hochöfen, Stahlwerke und weiterverarbeitender Betriebe rosteten die Anlagen im Mon Valley vor sich hin. Vereinzelt wurden die Grundstücke von Schrottunternehmen abgeräumt. Ein Vergnügungsbad mit 30 Meter hohen Wasserrutschen mutet zwischen den rostenden Industrieanlagen fast bizarr an. Ähnlich desolat wie im Mon Valley sieht es in westlicher Richtung entlang der Ufer des Ohios aus. Beide Regionen blieben von einem Raumentwicklungsmodell ausgeschlossen, das vor allem auf urbane Qualitäten abzielt: Nähe, Zusammenballung, Zentralität in der Sphäre der Produktion, Kultur, stadtnahes Wohnen, qualitativ hochwertige Konsum- und Freizeitmöglichkeiten in der Reproduktionssphäre.

„Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg“¹⁵

Die „Strategy 21“ wurde als ein zukunftsorientierter umfassender Plan ausgegeben, der auf öffentlich-privater Zusammenarbeit basiert. In Wirklichkeit war die Formulierung der „Strategy 21“ ein dezentralisierter Prozeß, in dem Entscheidungen durch Aushandlungen in den Punkten getroffen wurden, in denen man sich auf Übereinstimmung einigen konnte. Es war keine umfassende koordinierte und schwerpunktsetzende Planungsstrategie für die Zukunft der Region. Der Konsens wurde durch „freundliches Aushandeln“ erreicht, da der Bundesstaat Pennsylvania die Mittel bereitstellte und kommunale und regionale Prioritäten nicht definiert wurden.

Die Ergebnisse von „Strategy 21“ reflektieren einen fragmentierten Entscheidungsprozeß, der Zugang und Machtbefugnisse für den Wirtschafts- und Universitätsbereich gewährt. Politik und Verwaltung der Stadt Pittsburgh hatten in diesem Vorgang vor allem „Agenturfunktion“. Sie vermittelten zwischen den einzelnen Interessengruppen in der Stadt und vertraten das Ergebnis gegenüber der Landesregierung. Eigene Mittel und eigene Expertisen konnten die Vertreter der Stadt in den Prozeß kaum einbringen. Andere gesellschaftliche Gruppen wie Minderheiten, Frauen und Arbeitslose sind nicht Bestandteil der öffentlichen Planung und Politik. Der zu erwartende Nutzen des

15 Klaus R. Kunzmann: Pittsburgh. Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg. Studie im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Kurzfassung), Dortmund 1988

Programms entspricht disproportional den Bedürfnissen der gegenwärtigen ökonomischen Akteure und die Kosten werden disproportional von denen getragen, die außerhalb einer technologieorientierten Modernisierung stehen¹⁶.

Angesichts der innerregionalen Polarisierungen von erfolgreicher Regionalpolitik und -planung zu sprechen, ist vermessend. Dennoch ist festzuhalten, daß Pittsburgh in dem Nullsummenspiel der Konkurrenz um Ansiedlungen und Arbeitsplätze verglichen mit anderen Städten und Regionen im „rustbelt“ relativ gut abgeschnitten hat. Ob diese Entwicklung allerdings auf die für amerikanische Verhältnisse weitreichenden Planungsanstrengungen zurückzuführen ist, oder ob hier nicht vielmehr die traditionellen Stärken der Stadt als Sitz von Großunternehmen durchschlagen, muß für den Moment offen bleiben¹⁷. So ist die Pittsburgher „success story“ vor allem ein Beispiel für die ideologische Funktion, die Regionalpolitik heute auch hat. In der Region Pittsburgh ist es erfolgreich gelungen, auf die neuen Glanzpunkte, die politische Ökonomie des Ortes zu zeigen und die damit verbundene Polarisierung der Region in den Hintergrund zu drängen.

Es ist deutlich geworden, daß die staatliche Intervention in den USA andere Formen und Inhalte hat als in der Bundesrepublik. Es bleibt weiterhin festzuhalten, daß es ein Fehlschluß ist zu denken, daß keine Staatsintervention stattfindet, wenn man nicht die bekannten sozialstaatlichen Vokabeln oder Strukturen vorfindet.

3. Strukturwandel in der Emscherregion: Die Internationale Bauausstellung

Die überaus anspruchsvolle, aber nicht widerspruchsfreie Zielsetzung und Organisation der IBA haben zahlreiche kritische Anmerkungen hervorgerufen¹⁸

Da hier die IBA vor allem als Beispiel neuer Regionalpolitik betrachtet wird, kann auf andere höchst diskussionswürdige Aspekte nicht eingegangen werden (z.B. die Bedeutung von Konzepten und Begriffen wie „ökologischer NettoGewinn“, „Wieder-

16 M. Coleman: Public/private cooperative response patterns to regional structural change in the Pittsburgh region, in: Joachim Jens Hesse (Ed.): Regional structural change and industrial policy in international perspective: United States, Great Britain, France, Federal Republic of Germany, S. 123-158.; A. Sbragia: The Pittsburgh Model of economic development: partnership, responsiveness, and indifference, in: Gregory Squires (Ed.): Unequal partnerships. The political economy of urban redevelopment in postwar America, New Brunswick/London 1988.

17 D. Koritz: Restructuring or deindustrialisation? Deindustrialisation in two industrial heartland cities, in: Urban Affairs Quarterly 26 (1991), S. 497-511.

18 Jürgen Aring/Bernhard Butzin/Rainer Danielzyk/Ilse Helbrecht.: Krisenregion Ruhrgebiet? Alltag, Strukturwandel und Planung, Oldenburg 1989; Sebastian Müller u.a.: EmscherRaum im Umbruch – wohin führt die Strategie des IBAMemorandums?, Dortmund 1989; Sebastian Müller u.a.: Internationale Bauausstellung Emscher Park – Balanceakt zwischen internationaler Kapitalverwertung und lokaler Verbesserung der Lebensverhältnisse, Dortmund 1991, S. 226; Walter Siebel: Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Eine Strategie zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung alter Industrieregionen, (Manuskript), Gelsenkirchen 1991.

aufbau von Landschaft“, die allgegenwärtigen „Parks“ sowie die Auseinandersetzungen um den geeigneten Umgang mit Industriedenkmalen; vgl. z.B. Müller, IBA – Balanceakt; Thomas Sieverts: Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Werkstatt zur Erneuerung alter Industriegebiete. Eine strukturpolitische Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen, in: ders. (Hrsg.): Internationale Bauausstellung Emscher Park – Zukunftswerkstatt für Industrieregionen, Gelsenkirchen 1991; sowie verschiedene Beiträge in: Sebastian Müller/Klaus M. Schmals (Hrsg.): Die Moderne im Park. Ein Streitbuch zur Internationalen Bauausstellung im Emscherraum, Dortmund 1993.. Eine Auswertung der schon vorhandenen Erfahrungen mit der IBA wird durch die Ablehnung einer systematischen sozialwissenschaftlichen Begleitforschung sehr erschwert; es kann lediglich auf Berichte aus einzelnen Projekten zurückgegriffen werden. Zunächst soll auf die immanenten Probleme der IBA eingegangen, und in einem weiteren Schritt soll die IBA im Kontext der Landespolitik betrachtet werden. Hinzuweisen ist auf das Fehlen einer regionalökonomischen Analyse sowie expliziter Vorstellungen vom ökonomischen Umbruch und sozialem Wandel in der Programmatik der IBA. Auf die zahlreichen empirischen Analysen und Prognosen sowie die vorhandenen theoretischen Interpretationen der Entwicklungen im Ruhrgebiet und insbesondere in der Emscherzone wird kaum Bezug genommen. Von daher werden die dargestellten Präferenzen für „weiche“ Standortfaktoren und ökologische Verbesserungen als Voraussetzungen einer zukunftssträchtigen Wirtschaftsstruktur im Emscherraum eher assoziativ als fundiert begründet. Hinzu kommt, daß die räumlich-funktionale Einbindung der Emscherzone in die gesamte RheinRuhrAgglomeration kaum reflektiert wird. In Verbindung mit der akzentuiert dezentralen Projektorientierung der IBA führt das fehlende Interesse für großräumige und umfassende strukturelle Überlegungen zur Ablehnung von regionalen Gesamtkonzepten. Damit gehen dann aber zugleich wichtige planungspolitische Themen, so etwa die künftige Gestaltung des Verkehrssystems in der Region, „verloren“.

Mindestens ebenso wichtig ist aber eine kritische Auseinandersetzung mit den Widersprüchlichkeiten und Restriktionen bei der Durchführung einzelner Projekte. In zweifacher Hinsicht ist das Fehlen einer eigenständigen finanziellen Förderung problematisch. Zum einen steht die Forderung nach integrativen Ansätzen und Projekten im Konflikt mit der sektoralen Ausrichtung der vorhandenen Förderprogramme. Zum anderen gehört es zu den Eigenheiten öffentlicher Mittelvergabe, daß Investitionszuschüsse einfacher als Personalkostenförderung zu erhalten sind. Dieses geht unmittelbar zu Lasten der sozialen Ansprüche der IBA und der immer wieder betonten Bedeutung von Kommunikation und Kooperation im Planungsprozeß. Bisher hat die IBA das Problem nicht grundsätzlich lösen können, daß die intendierte Einbeziehung bürgerschaftlicher Initiativen und Kompetenzen die Bereitstellung unterstützender Kapazitäten (etwa im Sinne der „Advokatenplanung“) verlangen würde. Als weiterer Aspekt ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, daß die IBA als landespolitisches Vorhaben und als „Bauausstellung“ gerade auch an ihren öffentlich sichtbaren Ergebnissen gemessen wird. Dieser Erfolgsdruck impliziert eine latente Bevorzugung rasch realisierbarer und „vorzeigbarer“ Projekte.

Diese verschiedenen Problemfelder verdeutlichen nicht nur exemplarisch die Widersprüchlichkeit der IBA als innovatives Projekt in einem größtenteils traditionellen Rahmen, sondern sie erklären auch die immanente Bevorzugung von Projektvorschlägen der Kommunen, Unternehmen und der Fachöffentlichkeit. Daher ist bisher der eigene Anspruch der IBA auf Einbeziehung bürgerschaftlicher Kompetenzen und lokalen Wissens zweifellos nicht befriedigend eingelöst.

Die immanenten Probleme der IBA sind charakteristische Widersprüchlichkeiten bei der Durchsetzung einer neuen planungspolitischen Handlungsform zur Bewältigung der Komplexität des Strukturwandels im Ruhrgebiet. Bestimmte Aspekte wie die privatrechtliche Organisationsform, die dezentrale Projektrealisierung, das Aufnehmen von Themen der Kritik an bisherigen Formen der Planung und Wirtschaftsförderung zeigen an, daß hier mit einem neuen Politikmodus vorsichtig experimentiert wird, ohne einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit zu versuchen. Klaus M. Schmals¹⁹ hat die IBA daher schlagwortartig als „neoetatistische Antwort auf die Krise des Fordismus“ bezeichnet, die von der Notwendigkeit eines aktiven staatlichen Handelns zur Regulierung der Marktkräfte und zur Bewältigung sozialer Krisenfolgen ausgehe. In NordrheinWestfalen ist diese Vorgehensweise politisch ausgesprochen erfolgreich, da die Legitimation des staatlichen Handelns (und der nunmehr 25jährigen Vorherrschaft der SPD) trotz der erheblichen Umbrüche nicht ernsthaft angezweifelt wurde. Die IBA ist kein Produkt einer sozialen Basisbewegung, sondern ein Projekt der nordrheinwestfälischen Landesregierung. Unter den gegenwärtigen ökonomischen Rahmenbedingungen und dem gegebenen politischen Erfolgsdruck ist daher die Gefahr nicht auszuschließen, daß die IBA im Laufe der Jahre ausschließlich zu einer Strategie wird, die die Region wirtschaftsgerecht „aufbereitet“²⁰.

Die IBA im Kontext der nordrhein-westfälischen Landespolitik

Die IBA soll keine Regionalpolitik für das Ruhrgebiet ersetzen, sondern sie ist ein Element der verschiedenen Aktivitäten der Landesregierung zur Restrukturierung der Region. Betrachtet man die IBA in diesem Zusammenhang, entsteht ein widersprüchliches Gesamtbild²¹. So gibt es schon innerhalb des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr erkennbare Zielkonflikte: Dort wird nicht nur die IBA, sondern auch eine Verkehrspolitik verantwortet, die nur mühsam und längst nicht in allen Punkten dem Lobbydruck für eine „Bewältigung“ der gerade in der Rhein-Ruhr-Region massierten

19 Klaus M. Schmals: Gesellschaftliche Lebensräume im Umbau – Gestaltungsspielräume von Architekt/inn/en und Planer/inne/n, diskutiert am Beispiel des IBAEmscherParks im Ruhrgebiet, in: Müller, IBA – Balanceakt, S. 27-47, hier 32f.

20 Schmals, Gesellschaftliche Lebensräume im Umbau, S. 44f.

21 Heinz-Jürgen Bremm/Rainer Danielzyk. Vom Fordismus zum PostFordismus. Das Regulationskonzept als Leitlinie des planerischen Handelns?, in: RaumPlanung 53 (1991), S. 121127; Klaus M. Schmals: Modernisierungspolitik für ein „starkes Stück Deutschland“?, in: Müller, IBA – Balanceakt, S. 4860.

Verkehrsprobleme durch weiteren Ausbau von Schnellstraßen, Flugplätzen und Magnetbahnen standhält. Von einem eigenen, den stadtentwicklungspolitischen Zielen adäquaten verkehrspolitischen Konzept ist das Ministerium noch weit entfernt. Auch wenn verschiedene Ressortpolitiken miteinander verglichen werden, zeigen sich sehr divergierende Tendenzen. So steht z.B. die Absicht des Umweltministeriums, in der Emscherzone durch Nutzung der vorhandenen Brachflächen, Transportwege und der Gewöhnung an Umweltbelastungen eine großindustrielle Abfallwirtschaft mit mehreren großen Verbrennungsanlagen zu realisieren, in Konflikt mit der vom Ansatz her breit angelegten kleinteiligen Erneuerungsstrategie der IBA. Die Unvollständigkeit der Durchsetzung des neuen politischen Ansatzes zeigt sich auch darin, daß keine neuen Förderprogramme bereit gestellt wurden. Auch wenn die Finanzknappheit des Landes und die Vermeidung des Widerstandes etablierter Interessen oberflächlich verständliche Begründungen dafür bieten, so zeigt sich doch an den Erfahrungen der IBA, daß ein integrativer, prozeßorientierter Politikansatz mit den überkommenen Haushaltsstrukturen teils nur mühsam, teils gar nicht realisiert werden kann. Zudem werden in jüngerer Vergangenheit verschiedene, z.T. widersprüchliche Tendenzen deutlicher sichtbar, durch die die innovativen Ansätze der IBA-Politik unter Druck geraten. So hat der vorübergehende konjunkturelle Aufschwung im Ruhrgebiet und der damit verbundene (scheinbare) ökonomische Erfolg in Teilbereichen und -regionen die Bereitschaft gesenkt, unkonventionelle Wege in der Strukturpolitik zu gehen, die bekanntlich oft nur akzeptiert werden, „wenn nichts anderes mehr geht“. Auch die Renaissance überkommenen „Ansiedlungsdenken“ als Folge simpelster verkehrsgeographischer Überlegungen im Kontext der deutschen und der europäischen Integration weist in diese Richtung („Region im Herzen Europas“, „Schnittpunkt kontinentaler Achsen“). Ein bemerkenswertes Beispiel ist der Forderungskatalog der Emscher-Lippe-Agentur²², der überwinden geglaubte Mittel der Wirtschaftsförderung in den Mittelpunkt rückt. Sein Bezugsraum ist aber in großen Teilen mit dem IBA-Gebiet identisch, in dem doch die Vorstellungen der IBA innovativ wirken sollten. Möglicherweise deutet sich hier eine Arbeitsteilung in der Zuständigkeit für „weiche“ (IBA) und „harte“ (ELA) Standortfaktoren an. Ein weiteres Beispiel eines Widerspruchs zur IBA-Intention sind die Planungen für die „Neue Mitte Oberhausen“ und den „Film-Park Bottrop“, die den Westen der Region vermutlich verhängnisvoll dominieren werden. Eine erneute Legitimation für „alte“ Politikmuster gibt auch die politisch gesteuerte Verschärfung der Kapazitätsreduktion im Bergbau mit dem Wiederaufleben einer regionalen Sozialplanpolitik, die mangels konzeptioneller Alternativen stark auf exogene Ressourcen (Fördermittel, Neuansiedlungen, usw.) setzt. Diese verschiedenen Tendenzen können in der Summe die Bedeutung der IBA erheblich reduzieren.

22 Emscher-Lippe-Agentur: Forderungen der Emscher-Lippe-Region zur Bewältigung der von der erneuten Reduzierung des Bergbaus hervorgerufenen struktur- und sozialpolitischen Probleme, Gelsenkirchen 1991.

Zusammenfassend sind die wichtigsten Grundzüge der IBA noch einmal herauszuheben: Als innovative Akzente können die Flexibilisierung und Dezentralisierung der Politik angesehen werden. Innerhalb der IBA findet eine Vernetzung aller Politikebenen vom Land bis in sublokale Teilbereiche statt. So werden etwa die Grundzüge der Politik im Kuratorium und Lenkungsausschuß der IBA, in denen die Landesregierung, landesweit operierende Großorganisationen, Kommunen etc. vertreten sind, festgelegt. Auf der Ebene der Projekte finden sich – je nach Umfang des einzelnen Vorhabens – von regionsweiten bis zu sehr kleinteiligen, auf einzelne Bauwerke oder Straßenzüge gerichteten Kooperationsrunden die verschiedensten Formen der Zusammenarbeit mit höchst unterschiedlicher Zusammensetzung. Die Integration dieser sehr disparaten Situation wird über die Planungsgesellschaft, ihr Personal und die für ihre Arbeit gültigen Richtlinien, sowie über einzelne (politische) Akteure geleistet.

Wichtig für das Verständnis ist aber die Beachtung der weiterhin überragenden Bedeutung der Landesebene. Diese besteht zum einen in der Anstiftung zur dezentralen Kooperation²³, zum anderen in der Vorgabe von Leitlinien („Korridore“) für die Auswahl von einzelnen Projekten. Diese Konstruktion bietet zumindest dem Prinzip nach die Möglichkeit, gewisse Standards den Abstimmungsprozessen vorzugeben. Dadurch soll wohl der Versuch unternommen werden, die vielfach als Folge einer dezentralisierten Politik befürchteten Verschärfungen der interlokalen Konkurrenzen²⁴ zu begrenzen. Gleichermaßen kann dieses ein Weg sein, den „Markt für politische Strategien“²⁵ zu regulieren. Inwieweit diese Konstruktion wirklich zur Geltung kommen kann, dürfte allerdings nicht zuletzt von der künftigen Stellung des Landes Nordrhein-Westfalen im globalen wirtschaftlichen Wettbewerb beeinflußt werden.

Als weitere Charakteristika seien die Verbreiterung des Themenspektrums und des Spektrums der beteiligten Akteure hervorgehoben. Diese Öffnung ist in einer exemplarischen Weise ambivalent: Sie bietet einerseits eine Chance für soziale Gruppen und spezifische Themenfelder, die gewöhnlich in der (bisherigen) Regionalpolitik wenig beachtet werden, zur Geltung zu kommen. Sie kann andererseits aber auch als weitere Stufe der Funktionalisierung bisher nicht erfaßter Bereiche gesehen werden. Das gilt vor allem in Hinblick auf sozio-kulturelle Aktivitäten, die rasch in Inszenierung „innovativer Milieus“ aufgehen können.

23 Rolf G. Heinze/Helmut Voelzkow: Kommunalpolitik und Verbände. Inszenierter Korporatismus auf lokaler und regionaler Ebene, in: Hubert Heinelt/Hellmut Wollmann (Hrsg.): Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren, Basel u.a. 1991, S. 187-206, hier S. 200 bezeichnen diese „von oben“ angestiftete Kooperation als „inszenierten Korporatismus“. Die hier herausgestellten Grundprinzipien finden sich z.T. auch bei der Regionalisierung der Wirtschaftsstrukturpolitik.

24 Vgl. z.B. Harvey, From managerialism to entrepreneurialism.

25 I. Tömmel.: Europäischer Binnenmarkt und mediterrane Papherie, in.: Prokla Nr. 75, 1989, S. 2946.

4. Theorie der Regulation und veränderte Planungspolitiken: Eine offene Diskussion

Unübersehbar sind gewisse Gemeinsamkeiten der Restrukturierung der Regulationsweisen in der Region Pittsburgh und im Ruhrgebiet. Flexibilisierung und Dezentralisierung sind ebenso Grundzüge der Regionalpolitik in den beiden Regionen geworden wie die Übertragung strategisch wichtiger Funktionen an neu geschaffene Institutionen außerhalb des traditionellen politisch-administrativen Gefüges. Diese Institutionen werden, wie der gesamte Politikmodus, durch ein inzwischen zum Schlagwort gewordenes Merkmal gekennzeichnet, das sich in Pittsburgh schon länger in den Vordergrund geschoben hat, seit den achtziger Jahren aber auch zunehmend im Ruhrgebiet durchsetzt: die „private-public partnership“. Dabei ist nicht nur ein starker direkter Einfluß privatkapitalistischer Interessen auf staatliches bzw. planungspolitisches Handeln zu beobachten, sondern über diese „Kooperation“ werden privatwirtschaftliche Handlungsformen und Funktionsprinzipien in den öffentlichen Sektor, dessen Funktionsweise als nicht mehr adäquat eingeschätzt wird, implementiert. Im Extremfall wird dann die Stadt bzw. die Region als „Unternehmen“ verstanden, das vor allem marktgerecht, kostengünstig und effizient funktionieren müsse.

Die Darstellungen der Fallbeispiele haben auch verdeutlicht, daß die Veränderungen der Planungspolitiken durchaus unterschiedliche Formen und Reichweiten, aber auch z.T. differenzierte Zielsetzungen haben. So spielen etwa soziale und ökologische Aspekte im Zielkatalog der IBA sicher eine größere Rolle als in der „Strategy 21“ in Pittsburgh. Das ist allerdings nicht unmittelbar als Ausdruck jeweils unterschiedlicher planungspolitischer Überlegungen zu verstehen, sondern kann nur vor dem Hintergrund der jeweiligen nationalen politischen Traditionen und Rahmenbedingungen des ökonomischen Strukturwandels erklärt werden²⁶

Weiterhin läßt sich an den Beispielen zeigen, daß Deregulierungsrhetorik nicht die Aufgabe aller interventionistischen Politik bedeutet, sondern – in jeweils unterschiedlichen Ausprägungen – neue und andere Formen staatlicher Einflüsse stattfinden (vgl. als Beispiel den „Militär-Keynesianismus“ in den USA). Das darf aber nun wiederum nicht bedeuten, daß der Staat für das Geschehen und vor allem für die Krisenerscheinungen im Rahmen des regionalen Strukturwandels allein verantwortlich zu machen ist, wie es in den politischen Debatten in aller Regel üblich ist. Das hieße in der Tat, die Begrenzung der Einflußmöglichkeiten des Staates auf private Investitionsentscheidungen zu verkennen.

Eine vergleichende und abschließende Betrachtung der beiden planungspolitischen Strategien ist mit zwei Schwierigkeiten konfrontiert: zum einen ist das der Umstand, daß sie immer nur auf Zwischenergebnisse langfristiger Prozesse Bezug nehmen kann, was etwa Aussagen über die Durchsetzung einer neuen Regulationsweise erschwert.

²⁶ So weisen die regulationstheoretischen Ansätze mit Recht immer wieder auf die „nationalen Besonderheiten“ der formationsspezifischen Regulationsweisen hin (vgl. Sayer, Postfordism in question).

Wenn sich auch in den beiden Regionen das politische (und wissenschaftliche) Interesse sehr stark den neuen Strategieansätzen zugewendet hat, so gibt es nach wie vor mehr oder weniger große Bereiche, in denen traditionelle Politikformen dominieren. Zum anderen sind die Regionen jeweils in einen eigenen politisch-historischen Kontext eingebettet, der den Spielraum für die „Wahl“ neuer Planungsstrategien und die Herausbildung veränderter Regulationsweisen begrenzt. Dennoch läßt sich festhalten, daß es in beiden Fällen weder eine breite demokratische Öffnung gegeben hat, noch der Versuch unternommen wurde ökonomische Potentiale jenseits einer technologischen Modernisierung zu entwickeln.

Literaturverzeichnis

- Ache, Peter/Ingenmey, Franz-Josef/Kunzmann, Klaus R.: Die regionale Entwicklung süddeutscher Verdichtungsräume. Parallelen zum Ruhrgebiet. Forschungsprojekt im Auftrag des Kommunalverbandes Ruhrgebiet, Essen 1989.
- Alemann, Ulrich von/Heinze, Rolf G./Hombach, Bodo (Hrsg.): Die Kraft der Region. Nordrhein-Westfalen in Europa, Bonn 1990.
- Amin, A./Robins K.: The re-emergence of regional economies? The mythical geography of flexible accumulation, in: Environment and Planning D: Society and Space 8 (1990), S. 7-34
- Aring, Jürgen/Butzin, Bernhard/Danielzyk, Rainer/Helbrecht, Ilse: Krisenregion Ruhrgebiet? Alltag, Strukturwandel und Planung (Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung 8), Oldenburg 1989
- Bremm, Heinz-Jürgen/Danielzyk, Rainer: Vom Fordismus zum PostFordismus. Das Regulationskonzept als Leitlinie des planerischen Handelns?, in: RaumPlanung 53 (1991), S. 121127
- Colemann, M.: Public/private cooperative response patterns to regional structural change in the Pittsburgh region, in: Joachim Jens Hesse (Ed.): Regional structural change and industrial policy in international perspective: United States, Great Britain, France, Federal Republic of Germany, Baden-Baden 1988, S. 123-158
- Dunford, M.: Theories of regulation, in: Environment and Planning D: Society and Space 8 (1990), S. 297-321
- Emscher-Lippe-Agentur (ELA): Forderungen der Emscher-Lippe-Region zur Bewältigung der von der erneuten Reduzierung des Bergbaus hervorgerufenen struktur- und sozialpolitischen Probleme, Gelsenkirchen 1991
- Esser, J./Hirsch, J.: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie. Von der Fordismuskrisis zur „postfordistischen“ Regional und Stadtstruktur, in: Walter Prigge (Hrsg.): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. (Stadtforschung aktuell 17), Basel/Boston 1987, S. 3156
- Friederichs, Jürgen/Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hrsg.): Süd-Nord-Gefälle in der Bundesrepublik? Sozialwissenschaftliche Analysen, Opladen 1986
- GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnungsforschung: Strukturelle Anpassung altindustrieller Regionen im internationalen Vergleich. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Endbericht, Hamburg 1989
- Harvey, David: From managerialism to entrepreneurialism. The Transformation in urban governance in late capitalism, in: Geografiska Annaler, Series B: Human Geography 71 (1989) S. 317

- Heinze, Rolf G./Voelzkow, Heinz: Kommunalpolitik und Verbände. Inszenierter Korporatismus auf lokaler und regionaler Ebene, in: Hubert Heinelt/Hellmut Wollmann: Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren (Stadtforschung aktuell 31), Basel u.a. 1991, S. 187-206
- Hirsch, Joachim: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg 1990
- Horkheimer, Max: Notizen 1950-1969 und Dämmerung. Notizen in Deutschland. Hrsg. von Werner Brede, Frankfurt/M. 1974
- Houston, D.B.: A brief history of the process of capital accumulation in Pittsburgh: a marxist interpretation, in: Seminar on urban concentration: Pittsburgh and Cracow, Cracow 1981, S. 239-281
- Hudson, R.: Labour market changes and new forms of work in old industrial regions: maybe flexibility for some but not flexible accumulations, in: Environment and Planning D: Society and Space 7 (1989), S. 530
- Koritz, D.: Restructuring or Destructuring? Deindustrialization in two industrial heartland Cities, in: Urban Affairs Quarterly 26 (1991), S. 497-511
- Krätke, Stefan: Strukturwandel der Städte. Städtesystem und Grundstücksmarkt in der „postfordistischen“ Ära, Frankfurt/M./New York 1991
- Kunzmann, Klaus R.: Pittsburgh. Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg. Studie im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Kurzfassung), Dortmund 1988
- Leborgne, D./Lipietz, A.: New technologies, new modes of regulation: some spatial implications, in: Environment and Planning D: Society and Space 6 (1988), S. 263-280
- Lovering, J.: Fordism's unknown successor: a comment on Scott's theory of flexible accumulation and the re-emergence of regional economics, in: International Journal of Urban and Regional Research 14 (1990), S. 159-174
- Müller, Sebastian u.a.: EmscherRaum im Umbruch – wohin führt die Strategie des IBA Memorandums? (Arbeitspapier Nr. 3 des Fachgebietes Soziologische Grundlagen der Raumplanung an der Universität Dortmund), Dortmund 1989
- Müller, Sebastian u.a.: Internationale Bauausstellung Emscher Park – Balanceakt zwischen internationaler Kapitalverwertung und lokaler Verbesserung der Lebensverhältnisse (Arbeitspapier Nr. 6 des Fachgebietes Soziologische Grundlagen der Raumplanung an der Universität Dortmund), Dortmund 1991, S. 226
- Müller, Sebastian/Schmals, Klaus M. (Hrsg.): Die Moderne im Park. Ein Streitbuch zur Internationalen Bauausstellung im Emscherraum, Dortmund 1993
- Sayer, Andrew: Postfordism in question, in: International Journal of Urban and Regional Research 13 (1989), S. 666-695
- Sbragia, Alberta: The Pittsburgh Model of economic development: partnership, responsiveness, and indifference, in: Gregory Squires (Ed.): Unequal partnerships. The political economy of urban redevelopment in postwar America, New Brunswick/London 1989, S. 103-120
- Schmals, Klaus M.: Gesellschaftliche Lebensräume im Umbau – Gestaltungsspielräume von Architekt/inn/en und Planer/inne/n, diskutiert am Beispiel des IBA EmscherParks im Ruhrgebiet, in: Sebastian Müller u.a.: Internationale Bauausstellung Emscher Park – Balanceakt zwischen internationaler Kapitalverwertung und lokaler Verbesserung der Lebensverhältnisse (Arbeitspapier Nr. 6 des Fachgebietes Soziologische Grundlagen der Raumplanung an der Universität Dortmund), Dortmund 1991, S. 274-7
- Schmals, Klaus M.: Modernisierungspolitik für ein „starkes Stück Deutschland“?, in: Sebastian Müller u.a.: Internationale Bauausstellung EmscherPark – Balanceakt zwischen internationaler Kapitalverwertung und lokaler Verbesserung der Lebensverhältnisse (Arbeitspapier Nr. 6 des Fachgebietes soziologische Grundlagen der Raumplanung an der Universität

- Dortmund), Dortmund 1991, S. 4860
- Siebel, Walter: Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Eine Strategie zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Erneuerung alter Industrieregionen. (Manuskript), Gelsenkirchen 1991
- Sieverts, Thomas: Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Werkstatt zur Erneuerung alter Industriegebiete. Eine strukturpolitische Initiative des Landes NordrheinWestfalen, in: Thomas Sieverts (Hrsg.): Internationale Bauausstellung Emscher Park – Zukunftswerkstatt für Industrieregionen, Köln 1991, S. 411
- Tömmel, I.: Europäischer Binnenmarkt und mediterrane Pephrie, in.: Prokla Nr. 75, 1989, S. 946
- Twisselmann, Joachim: Bildung und Tradition. Zur Kritik der neokonservativen Funktionalisierung des Bildungsbegriffs (Forschungsreihe des Forschungsschwerpunkts „Arbeit und Bildung“ 16), Bremen 1990